

**Eine unberechtigte Forderung.**

Wir haben neulich die Forderung nach einem klaren, sachlichen Programm, welche von Seiten eines der fortschrittlichen Richtung zuneigenden Blattes an die Regierung gestellt wurde, als eine unverständliche bezeichnet und ausgeführt, daß dieses Programm Niemandem unbekannt, daß es vielmehr in zahllosen Rundgebungen enthalten sei; zum Ueberflus wurde dasselbe an dieser Stelle mit kurzen, wenn auch nicht erschöpfenden Worten in seinen wesentlichsten Grundzügen dargelegt.

Es bedurfte keiner großen prophetischen Gabe, um vor auszusehen, daß die demokratisch-fortschrittliche Presse dieses Programm als weder sachlich noch klar bezeichnete. Sie erklärte dasselbe für nicht genügend, da es zu »allgemeine Wendungen« enthalte, und fordert genauere Angaben über die beabsichtigte Art und Weise der Verwirklichung der angeführten allgemeinen Grundsätze im Einzelnen. Ja, sie stellt sogar, um diese Forderung zu begründen, die Behauptung auf, daß jenes Programm von Jedermann unterschrieben werden könne und daß nur die Art und Weise der Ausführung die Meinungsverschiedenheiten der Parteien bedinge.

Daß das Programm von jedem Deutschen unterschrieben und angenommen werden kann, ist allerdings ebenso richtig wie wünschenswerth. Wenn dies aber der Fall, so ist nicht einzusehen, wie die Verwirklichung desselben im Einzelnen den Anlaß zu bitteren Kämpfen geben kann. Vielmehr werden diejenigen, welche sich zu jenen allgemeinen Grundsätzen wirklich und ehrlich von Herzen bekennen, in der Art und Weise ihrer Verwirklichung einen hinreichenden Grund zu einer so heftigen und leidenschaftlichen Bekämpfung der Regierung nicht finden, wie wir sie leider in letzter Zeit immer mehr haben erleben müssen.

Die Forderung nach einer genaueren Angabe der beabsichtigten Ausführung des Regierungsprogramms ist hiernach an sich sehr wenig begründet; sie ist aber auch völlig unberechtigt.

Einmal liegt es in der Natur der politischen Programme, allgemeine Grundsätze aufzustellen. Hat etwa irgend eine Partei jemals diese Regel außer Acht gelassen? Hat es jemals ein Programm gegeben, welches sich auf die Einzelheiten der Ausführung einließ? Gerade die Parteiprogramme leiden vielmehr in den meisten Fällen an einer sehr beklagenswerthen Unbestimmtheit, welche allein es möglich macht, daß recht verschiedenartige Elemente, die nur eines bestimmten Zweckes halber unter einen Hut zu bringen versucht werden, sich um dieselbe Fahne schaaren, obwohl die Uebereinstimmung ihrer politischen Ueberzeugung durchaus nicht immer ganz zweifellos ist. Es ist überflüssig, hierfür ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit anzuführen.

Was die Parteien als Recht für sich in Anspruch nehmen, würde wohl auch von gerechten Beurtheilern der Regierung zugestanden werden müssen.

Andererseits aber kann nicht zugegeben werden, daß das, was hier als Programm der Regierung dargelegt wurde, wie behauptet worden, der nothwendigen Klarheit und Sachlichkeit entbehre; es hat einen sehr bestimmten, den Gegnern der Regierung durchaus nicht unbekanntem Inhalt.

Woher stammt denn die ganze fortschrittlich-demokratische Opposition der letzten Zeit? Doch nicht aus dem Mangel eines Regierungsprogramms und auch nicht aus der Unklarheit desselben, sondern lediglich daher, daß man dieses Programm kennt und bekämpfen zu müssen glaubt! Die feindliche Stellung der fortschrittlich-liberalen Elemente ist gar nicht anders zu erklären, als dadurch, daß ihnen die Ziele der Regierung, die ihnen bekannt sind, wenn sie freilich auch nicht verstanden, eingesehen und gewürdigt werden, als ein willkommenes Kampfobjekt erscheinen. Oder sollte etwa nur

wieder die alte Gewohnheit eingerissen sein, die Regierung zu bekämpfen, weil sie die Regierung ist, und ihre Absichten zu mißbilligen, obwohl man dieselben nicht kennt?

Die Forderung nach einem ausführlichen, sachlichen, klaren Programm, worunter man die genaue Angabe der beabsichtigten Gesetzesvorschläge mit ihren wesentlichen Einzelbestimmungen versteht, wird bezeichnender Weise — und das giebt zu denken — von keiner anderen Seite erhoben, als von der Opposition. Das geschieht doch wohl nicht, um sich belehren oder bekehren zu lassen! Man will sich vielmehr, indem man hofft, die Einzelheiten der Ausführung von der Regierung wie auf einem Speisezettel aufgeführt zu erhalten, nur neue bequeme Handhaben zur Bekräftigung des Widerstandes, zu dem man schon längst im Herzen entschlossen ist, verschaffen. Nur die Absicht, neue Gelegenheit zur fruchtbaren Ausbeutung seines oppositionellen Standpunktes zu erhalten, giebt denen, welche in der Bekämpfung der allgemeinen Grundsätze des Regierungsprogramms eine Gefahr für die eigene Partei zu erblicken anfangen, die Forderung nach neuen greifbareren Gegenständen, gegen welche sie sich wenden können, in den Mund.

Die Erfüllung dieser Forderung würde — das ist nicht anders zu erwarten — sofort die Opposition neu beleben. Haben wir es doch selbst in den Parlamenten erlebt, daß diejenigen Gesetzesvorlagen, welche von der Regierung bereits in Ausführung ihres Programms eingebracht wurden, nur als Versuchsfeld für parlamentarische Kreuz- und Quersüge und als willkommene Gelegenheit zur Aufstellung anderweitiger und gegentheiliger Vorschläge benutzt wurden, auf die man vielleicht selbstständig und unabhängig, aus unmittelbarer freier politischer Ueberzeugung nicht verfallen wäre!

Es wird selbstverständlich und hoffentlich die Zeit kommen, wo die Regierung im Parlament ihre Vorschläge bezüglich der Verwirklichung ihrer Ziele und Pläne im Einzelnen, soweit dieselben noch nicht vorliegen, macht, und da wird es sich zeigen, daß man um Gegenworschläge nicht verlegen ist und in der Verneinung etwas zu leisten versteht. Jetzt aber auf diese Forderung eingehen, würde so viel bedeuten, als der Opposition, die ihre Aufgabe vornehmlich darin sieht, die auf Grundlage jenes Programms entstehenden Entwürfe, welche Gestalt sie auch haben werden, im Einzelnen zu bekämpfen, in die Hände arbeiten. Es wäre naiv, zu glauben, daß das »sachliche« Programm »sachlich« bekämpft werden würde; es ist schon im Voraus verurtheilt von denen, die nur darauf lauern, neue Gelegenheit zum Angriff zu erhalten.

Was dies für einen Vortheil bringen, wie dies die Lage klären soll, ist unerfindlich, zumal von Seiten derer, welche die gegenwärtige Richtung der Regierungspolitik mit Freuden begrüßen, eine solche Klärung gar nicht verlangt worden ist. Für diese genügt eben die allgemeine Richtung, und diese allein ist maßgebend; hat es doch auch nicht an sehr deutlichen Kennzeichen der Art und Weise der Ausführung des Programms in den Parlamenten gefehlt, und es wird auch ferner nicht daran fehlen! Wer die allgemeine Richtung wirklich und aufrichtig billigt, der wird sich gewiß auch gern den Vorschlägen der Ausführung im Einzelnen anschließen und durch keinen einzigen derselben von der Weiterverfolgung der Ziele und von der Unterstützung der Regierung abschrecken lassen. So sollte es wenigstens sein! Freilich ist dies bisher nicht immer der Fall gewesen. Aber man wird doch an der Hoffnung festhalten können, daß sich in der Volksvertretung Männer finden werden, welche ihre politische Reise nicht dadurch bethätigen zu müssen glauben, daß sie nur immer Vorschläge ausklügeln, welche als Gegengewicht gegen diejenigen der Regierung dienen und doch nur immer einen verhältnißmäßig kleinen Theil Gleichdenkender auf sich zu vereinen vermögen, — ein Verfahren, durch welches leider die sonst im Grundsatz gebilligten Regierungsvorschläge schon des Ofteren vereitelt wurden.

Für die große Masse der Bevölkerung bilden allein die allgemeinen Grundsätze den Maßstab ihres politischen Denkens und Handelns; sie verschmäht den Ballast technisch-politischer Fragen, die nur für einzelne Politiker und Parlamentarier von Fach ein Interesse haben, weil sie ihre Streit- und Kampflust wecken.

Die Regierung verzichtet darauf, dieselbe zu schüren. Sie hat ihr von Allen gekanntes und nicht mißzuverstehendes Programm, in dessen Bekämpfung sich die fortschrittlich-liberale Opposition schon hinlänglich geübt hat. Um für dieses Programm Freunde zu gewinnen, bedarf es zur Zeit keiner genaueren Darlegung desselben in seinen einzelnen Punkten.

### National oder liberal?

In einer am 13. August in Marienburg abgehaltenen Versammlung liberaler Wähler ist beschlossen worden, in jedem westpreussischen Wahlkreis unter Hintansetzung aller Fraktionsunterschiede einen liberalen Kandidaten für die nächste Reichstagswahl aufzustellen.

Es soll dies hiernach also auch in denjenigen Wahlkreisen geschehen, in welchen es, wie in Schwyk, Rosenberg-Löbau, Schlochau-Platow, Graudenz-Strasburg, bisher nur durch einmüthiges Zusammengehen aller deutschen Elemente jeglicher Parteirichtung gelungen ist, den deutschen Kandidaten den Sieg zu verschaffen.

So begreiflich wir es vom liberalen Standpunkt aus finden, wenn in denjenigen Kreisen, in welchen die deutschen Wähler selbst bei einer Stimmenzersplitterung den Polen gegenüber die Majorität besitzen, durch Vereinigung sämtlicher liberaler Stimmen der Versuch gemacht wird, einem liberalen Kandidaten gegenüber einem konservativen zum Siege zu verhelfen, so wenig vermögen wir eine Durchführung der Marienburger Resolution in den von der polnischen Partei unvorbenen zweifelhaften Wahlkreisen mit dem so oft von der liberalen Partei betonten Patriotismus oder mit der so häufig von ihr wiederholten Versicherung wirklich nationaler Gesinnung in Einklang zu bringen. Am wenigsten vermögen wir aber zu verstehen, wie einsichtige Politiker zu einem derartigen, die deutsche Sache im höchsten Grade gefährdenden Vorgehen der liberalen Partei in Westpreußen ihre Zustimmung geben können.

Wir können nicht dringend genug davor warnen, die deutsche Sache den unberechenbaren Zufällen einer engeren Wahl preiszugeben, und würden es lebhaft bedauern müssen, wenn die liberale Partei, vor die Alternative »national oder liberal« gestellt, sich nicht noch rechtzeitig entschloße, ihre speziellen Parteiinteressen den nationalen Interessen zum Opfer zu bringen.

Die Verantwortung für eine Niederlage der deutschen Sache würde sie allein zu tragen haben.

### Gute Wirkungen der Zollpolitik.

Ueber die gegenwärtige Lage der Industrie sind einige recht erfreuliche Kundgebungen zu verzeichnen. Von den Handelskammern einiger großen Industriebezirke liegen Berichte vor, welche übereinstimmend die guten Wirkungen der Zollpolitik mit Bezug auf die Besserung der industriellen Verhältnisse hervorheben. Freilich ist der Aufschwung nur ein allmählicher, aber stetiger. Nach dem langjährigen Darniederliegen der Industrie ist eine schnellere Hebung derselben kaum zu erwarten gewesen, wie ja auch nicht zu verkennen ist, daß noch nicht alle Zweige der Industrie gleichmäßig an der Besserung der Lage theilnehmen. Aber trotz des kurzen Zeitraums, in welchem der neue Zolltarif in Kraft tritt, ist doch eine Wendung zum Besseren und die hierdurch hervorgerufene Wiederbelebung des Vertrauens mit Genugthuung anzuerkennen. Insofern die Berichte der Handelskammern bei der kurzen Zeit der Erfahrung noch nicht zu einem Abschluß ihres Urtheils über die segensreiche Einwirkung des Zolltarifs gelangt sind, haben sie dadurch ein besonderes Interesse, daß sie der weiteren Berwirklichung der von der Regierung geplanten wirtschaftlichen Maßnahmen das Wort reden.

So heißt es in dem Bericht der Handelskammer von Elberfeld, es sei unverkennbar, daß einzelne Zweige der Fabrikation, be-

sonders auf dem heimischen Markte, günstig durch die Zollreform beeinflusst worden sind. »Dem Bestreben des Reichskanzlers, den preussischen Volkswirtschaftsrath durch Hinzuziehung von Mitgliedern aus den übrigen deutschen Bundesstaaten zu einer Reichsinstitution zu erweitern, wünschen wir um so lebhafter baldigen Erfolg, als erst eine möglichst vollständige Repräsentation aller verschiedenen Zweige des wirtschaftlichen Lebens unserer Nation den Berathungen der fraglichen Sachverständigen-Versammlung den wünschenswerthen Einfluß auf die praktische Gestaltung der für die nächsten Sessionen des Reichstags bereits in Aussicht gestellten wichtigen gewerblichen und sozialpolitischen Vorlagen sichern kann.«

In dem Bericht der Handelskammer von Duisburg heißt es: »Bei einem Rückblick auf die Gesamtlage der Industrie und des Handels während des letzten Jahres sind Anzeichen einer allmählichen Besserung nicht zu verkennen. In verschiedenen Zweigen der Industrie steigerte sich die Nachfrage gegen das Vorjahr, so daß viele Werke, insbesondere diejenigen der Eisenbranche, der Textilindustrie und der chemischen Industrie ausreichend und theilweise sogar lebhaft das ganze Jahr hindurch beschäftigt blieben. Inwiefern an der auf einzelnen Gebieten eingetretenen Besserung die neue Zollgesetzgebung Antheil hat, läßt sich im Einzelnen zur Zeit noch nicht nachweisen. Aus der ganzen Lage der Industrie glauben wir jedoch den berechtigten Schluß ziehen zu dürfen, daß wenigstens die Einwirkung der ausländischen Konkurrenz durch die neuen Zölle wesentlich abgeschwächt worden ist. Die Wiederkehr des Vertrauens auf eine bessere Zukunft ist daher zum nicht geringen Theile der in der Zollpolitik eingeschlagenen Richtung zuzuschreiben.«

Der Bericht der Handelskammer von Mülheim a. d. Ruhr betont, daß der niedrige Standpunkt der Eisenpreise vom Jahre 1879 nicht wieder erreicht worden sei. Hier — so heißt es wörtlich — trat so recht die Wirkung der zollpolitischen Maßnahmen hervor. Wäre durch diese nicht der ausländischen Konkurrenz eine gewisse Schranke gezogen, so würde ein weiterer Rückgang unvermeidlich gewesen sein. Die wenn auch nur unerhebliche Aufbesserung der Löhne bei den Zechen und Eisenwerken hat unter dem Arbeiterstande einen günstigen Eindruck gemacht und haben vor dieser Thatsache die Erörterungen der Gegner der nationalen Wirtschaftspolitik über die Mehrbelastung des Arbeiters durch die Zölle auf Verbrauchsartikel jede Wirkung verloren. Der Mülheimer Bericht spricht sich ferner entschieden für die indirekten Steuern aus und bemerkt dazu: »Wir wissen, daß wir in dieser Hinsicht lediglich den Standpunkt des größten Theiles sowohl der intelligenteren, als der Arbeiterbevölkerung unseres Bezirkes theilen, und sind der Ueberzeugung, daß diese Ansicht im ganzen Industriegebiet Rheinland-Westfalens die Majorität für sich hat.«

Desgleichen melden Berichte aus dem Regierungsbezirk Trier eine sehr wesentliche Besserung in den Betriebs- und Absatzverhältnissen der größeren gewerblichen Etablissements, insbesondere der Eisenwerke. Auch von der »Klein-Eisenindustrie« im Regierungsbezirk Arnberg wird ein erheblicher Fortschritt gemeldet und derselbe namentlich auch auf den neuen Zolltarif zurückgeführt: unter dem Schutze des Tarifs sei eine Anzahl von Arbeiten, die bisher vielfach vom Auslande bezogen wurden, der einheimischen Produktion zugewendet worden.

Diese unzweideutigen und unwiderleglichen Zeugnisse beweisen, daß wir mit der neuen Zoll- und Wirtschaftspolitik, so laut auch die Anhänger des wirtschaftlichen Liberalismus und des Grundsatzes vom Gehen- und Geschehenlassen das Gegentheil behaupten, auf dem richtigen Wege sind, und daß, wer die gesunde Weiterentwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse fördern will, der nationalen Politik der Regierung rückhaltslos Unterstützung gewähren muß.

Unser Kaiser, welcher sich fortbauend des besten Wohls seines erfreut, wird bis zum Beginn der Truppenübungen seinen Wohnsitz auf Babelsberg beibehalten, wo sich der Monarch in vollem Umfange den Regierungsgeschäften widmet. Am Montag (15. August) empfing der Kaiser den Gesandten der Vereinigten Staaten von Nordamerika in Abschieds-Audienz, bei welcher Gelegenheit Sr. Majestät die herzlichste Theilnahme an dem schweren Schicksal des Präsidenten Garfield aussprach. Am Dienstag (16. August) fuhr der Kaiser nach Berlin und machte hier auch dem Fürsten Bismarck einen längeren Besuch.

Der Reichskanzler Fürst Bismarck ist in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag nach Berlin zurückgekehrt.